

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

23.9.1929 (No. 221)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Bersprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Lesersent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Süddeutschland.)

Der Arbeitsmarkt wies in der Berichtswache vom 12. bis 18. September insgesamt einen weiteren Rückgang der Beschäftigung auf; örtlich war jedoch die Tendenz durchaus ungleichmäßig. Bei 15 Arbeitsämtern verminderte sich bei reger Vermittlungstätigkeit die Zahl der Unterstützten zusammen um 599, bei den übrigen 21 Arbeitsämtern erfuhr sie dagegen bei stiller Geschäftslage eine Zunahme um 978. Ebenso uneinheitlich ist die Lage in den verschiedenen Gewerbebezügen, so daß es an Anhaltspunkten für die Beurteilung der konjunkturellen Tendenzen fast völlig fehlte. Beachtung verdienen die anhaltende Festigung in der Schmiedewarenindustrie und die allmähliche weitere Steigerung der Vermittlungsziffern für weibliche Arbeitskräfte.

Am 18. September wurden unterstützt:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 34 766 Personen (26 174 Männer, 8592 Frauen), in der Arbeitslosenunterstützung 8148 Personen (6117 Männer, 2031 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 379 oder 0,9 v. H. von 42 535 Personen (31 690 Männer, 10 845 Frauen) auf 42 914 Personen (32 291 Männer, 10 623 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 13 886 gegen 13 566, auf Baden 29 028 gegen 28 969 am 11. September.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland kamen am 18. September 1929 auf 1000 Einwohner 8,5 Hauptunterstützungsempfänger gegen 8,45 in der Vorwoche.

Im Baugewerbe ist die Aufnahmefähigkeit zum Stillstand gekommen; die Entlassung von Maurern und Außenarbeitern hielt an. Nur in wenigen Bezirken brachte die Inangriffnahme von Neubauten noch einen geringen Aufschwung. Auch im Tiefbau zeigt sich ein Rückgang der Vermittlungstätigkeit bemerkbar. In den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge waren 2678 Notstandsarbeiter beschäftigt. Die Landwirtschaft forderte für die Gutsfruchtente auffallend wenig Hilfskräfte an. Dauerpersonal blieb gesucht. Im Gast- und Schenkwirtschaftsgewerbe beschränkte sich die Tätigkeit der Arbeitsämter auf die Vermittlung von Ausschiffen. Hohe Nachfrage herrschte nach Dauerstellen und Saisonstellen für den Winter, doch blieb das Stellenangebot unbedeutend. Im Verlebsgewerbe waren vereinzelt sehr gute Vermittlungsergebnisse zur Reichsbahn zu verzeichnen.

In der Metallindustrie zeigte nur die Industrie für Eisenbahnbedarf eine gewisse Belebung. Die angeforderten Spezialkräfte — Fräser, Bohrer, Formner — konnten vermittelt werden. Für angeleertes und Hilfspersonal bestand dagegen nur geringer Bedarf. Der Rückgang des Auftragsbestandes in der Drahtstiftfabrikation führte zu Verkürzungen der Arbeitszeit. Beachtlich ist die weiterhin gute Aufnahmefähigkeit des Metallfeinleingewerbes für Bauhelfer, Klempner, Heizungs- und Elektromonteur. Auch die Uhrenindustrie stellte vielfach Arbeitskräfte ein. Im Kfzgewerbe zeigte sich die Belebung der Schmiedewarenindustrie in ansehnlichem Ausmaß fort; große Nachfrage herrschte insbesondere nach Remonteuren und Uhrmachern. Die Anforderung von Arbeitskräften für das Textilgewerbe beschränkte sich im wesentlichen auf wenige jugendliche Arbeitskräfte. Im Bekleidungs-gewerbe ist gegenüber der Vorwoche eher noch ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Nur Mannheim meldet Mangel an Großtuch- und Kleinstüchschneidern für die Konfektion. In der Schuhwarenindustrie kamen die Einstellungen zum Stillstand. Vereinzelt wurde wieder Kurzarbeit eingeführt. Im Holzgewerbe waren nur Mäher und Holzer angefordert. Die Nachfrage nach Bauhelfern ging erheblich zurück. Aus der Kartonnagenindustrie wurden guter Auftragsbestand und volle Beschäftigung gemeldet; die Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte war jedoch gering. In den übrigen Berufen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Saarbepfahrungen in Heidelberg

Am heutigen Montag findet auf Einladung des Auswärtigen Amtes in Heidelberg eine Sitzung des Saarausschusses mit den Vertretern der Reichs- und Landesministerien unter Anwesenheit des Führers der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Saarverhandlungen, des Staatssekretärs z. D. von Simson, statt. Gegenstand der Beratungen ist eine Aussprache über die bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen und die Beteiligung der Saar an diesen Verhandlungen. Die deutsche Delegation wird bei diesen Verhandlungen zum erstenmal vollständig versammelt sein, und eine Ergänzung durch Vertreter der Gewerkschaften und des Wirtschaftslebens im Saargebiet erfahren.

In dem großen Vandalenräubersprozess, der seit dem 12. August das Große Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte, wurde am Samstag das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: Verno Wand zu 1 Jahr 4 Monaten und 2 Wochen Gefängnis und 21 000 M Geldstrafe, welche Strafen bis auf 2 Wochen Gefängnis und 1000 M verbüßt sind, Syre zu 4 Monaten Gefängnis, Neumann zu 9 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 9 Monaten oder nur Geldstrafen. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Letzte Nachrichten

Deutschnationale „Außenpolitik“

Juden Mittelungen der „Nationallib. Korrespondenz“ M. Berlin, 23. Sept. (Priv.-Tel.) Die Erörterungen über die Entschlüsse der „Nationalliberalen Korrespondenz“, wonach von deutschnationaler Seite, besonders vom Abgeordneten Dr. Klönne, Verhandlungen mit französischen Politikern gepflogen worden sind, gingen sich weiter zu.

Nach Erklärungen Dr. Klönnes und des Generals von Lipppe habe das Auswärtige Amt Kenntnis von diesen Verhandlungen gehabt. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle betont, daß weder ein Auftrag noch eine Ermächtigung erfolgt sei. Es wird auch darauf verwiesen, daß Dr. Stresemann bereits am 28. Juni d. J. vor Journalisten mit aller Schärfe erklärte, daß er mit der Regierung, die sich während der Pariser Sachverständigenverhandlungen dort aufgetan habe, nicht das Geringste zu tun habe, daß also weder Herr von Rechsberg, noch Freiherr von Kühlmann, noch irgend ein anderer von ihm eine Ermächtigung erhalten habe. Dagegen steht noch die Behauptung der Deutschnationalen, daß von Lipppe und Rechsberg beim Staatssekretär v. Schubert gewesen seien, daß ferner das Auswärtige Amt durch einen Beauftragten sich nach dem Stand der Besprechungen erkundigt habe, und drittens die Behauptung, daß Rechsberg dem deutschen Votschafter in Paris, von Hoesch, fortlaufend Mitteilung gemacht habe.

Gleichzeitig droht die Nationalliberalen Korrespondenz mit weiteren Enthüllungen. Politisch betrachtet sieht man darin einen scharfen Bruch zwischen Deutscher Volkspartei und den Deutschnationalen, der sich vermutlich für die Große Koalition geradezu als Kitt erweisen und in diesem Sinn bereits auch vielfach aufgefacht wird.

Belgien und der „Graf Zeppelin“

Brüssel, 23. Sept. (Tel.) „Matin“ meldet aus Brüssel, daß die belgische Regierung auf das Ersuchen Deutschlands, dem „Graf Zeppelin“ das Überfliegen belgischen Gebietes zu gestatten, nicht geantwortet habe. Der „Chicago Tribune“ zufolge befürchtete man, daß das Erscheinen des deutschen Luftschiffes über den Kantonen Eupen und Malmedy zu einer deutschfeindlichen Kundgebung von seiten gewisser Bewohner führen würde.

Neue Unruhen in China

Abfall eines Generals in Südschina

London, 23. Sept. (Tel.) Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Drei Generale in Schensuan und Kansau sind von der Kantingregierung beauftragt worden, ihre Streitkräfte gegen General Tschangschwei, den Befehlshaber der vierten Division, mobil zu machen, der sich der konservativen Kwangsi-Gruppe angeschlossen hat und die Absicht zu haben scheint, sich der Provinz Kwantung zu bemächtigen. Dies ist die dritte Strafexpedition, die von der Kantingregierung im Laufe dieses Jahres angeordnet worden ist. Man sieht darin einen Beweis dafür, daß das Land durchaus noch nicht geeinigt ist.

Ungefähr 300 Meilen flussaufwärts von Kansau sollen bereits Kämpfe stattgefunden haben. General Tschangschwei hat Truppen flussaufwärts gesandt.

„Times“ berichtet aus Schanghai: In Kanton herrscht große Beforgnis infolge der Meldung, daß General Tschangschwei mit seinen Leuten auf die Stadt losrückte, um sie anzugreifen. Japanischen Berichten zufolge marschieren eine Brigade von Truppen Fenghuishang von Schanghai nach Süden, um Tschangschwei zu unterstützen. Die Kantingregierung versichert jedoch, daß Marschall Fenghuishang loyal geblieben sei.

Eine unpolitische Rede des Papstes

Rom, 23. Sept. (Tel.) In seiner mit Spannung erwarteten gestrigen Rede an die katholischen Männer traktete der Papst den Katholiken seinen Dank für ihre Glückwünsche zu dem großen Ereignis der Lateranverträge ab. Katholische Männer — so erklärte der Papst — mühten auch in Zukunft der Kirche ihre Unterstützung und Mitarbeit leihen, damit diese Verträge ihre volle Auswirkung fänden. Sonst würde in der Rede nichts von besonderer politischer Bedeutung gesagt.

Vor der Rede hielt der Papst, hatte er dem italienischen Votschafter beim Heiligen Stuhl eine sehr lange Audienz gewährt. Auch der päpstliche Nuntius hatte sowohl mit Mussolini als auch mit Außenminister Grandi eine längere Aussprache.

Zusammenstöße in Berlin. Bei einem Propagandaumzug, den die Nationalsozialisten Sonntag mittag durch Neutölln veranstalteten, kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen, bei denen die Polizei einschreiten mußte. Ein Privatkraftwagen, in dem der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels und vier andere Nationalsozialisten saßen, wurde angehalten und auf beiden Seiten mehrere Schüsse mit Schredschußpistolen abgefeuert. Die Polizei nahm den Abgeordneten Dr. Goebbels und die übrigen Insassen des Autos fest. Sie wurden abends wieder freigelassen.

* Zur innerpolitischen Lage

II.

Dreierlei Vorteile sind es, welche die Annahme des Youngplanes empfohlen haben: erstens die sehr erheblichen Reduzierungen der Reparationszahlungen im Vergleich zum Dawesplan und in Verbindung mit diesen Reduzierungen die endgültige Festsetzung der Reparationssumme selbst, zweitens die bindende Zusage der vorzeitigen Räumung der besetzten Gebiete und drittens die Befreiung der deutschen Wirtschaft von allen jenen Kontrollbestimmungen, welche unsere Initiative lähmten, unsern Kredit schwächten und auch rein gefühlsmäßig Schaden stifteten. Alle diese drei Vorteile müssen ihrem vollen Wert nach eingeschätzt werden. Und man wird dann zu der Überzeugung gelangen, daß der Youngplan und das Ergebnis der Haager Konferenz wahrlich ein bedeutender Erfolg unserer Außenpolitik sind.

Damit braucht man sich des Rechts der Kritik durchaus nicht zu begeben. Und es gibt noch so manche Punkte, die unserer Meinung nach zu einer solchen Kritik herausfordern. Aber wir haben ja schon mehrfach darauf hingewiesen, daß auch der Youngplan nur eine Etappe ist auf dem Wege, der weitere Reduzierungen der Reparationssumme und der einzelnen Annuitäten bringen muß. Die Zeit wird weiterhin für uns arbeiten. Und was im Jahre 1929 noch nicht möglich war, wird vielleicht im Jahre 1930 möglich sein. Darauf müssen wir bauen. Und es wäre töricht, nun wie ein Pächter zu schmollen und das ganze Werk zu gerschlagen, weil man noch nicht alles erreicht hat, was man erreichen will.

Eine solche Politik des Schmollens und Grollens treiben die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen. Wenn sie dabei von sich sagen könnten, daß diese ihre Politik wirklich ihrer innersten Überzeugung entspricht und auch praktisch angewendet werden würde, falls sie einmal zur Macht gelangten, dann würde man zugeben müssen, daß bei aller politischen Unvernunft wenigstens Charakterfestigkeit dahinter steckt. Aber kein ernst zu nehmender Politiker in Deutschland glaubt daran, daß die Deutschnationalen einer solchen Haltung fähig wären. Man ist vielmehr allenthalben der Meinung, daß diese Politik taktischen und agitatorischen Bedürfnissen entspringt und vor allem den Zweck hat, eine einheitliche Oppositionsfront zu schaffen und die auseinanderstrebenden Kräfte der Rechten wieder zusammenzuführen.

Niemand wird es vergessen, daß die Deutschnationalen seinerzeit mit 50 Proz. ihrer Stimmen dem Dawesabkommen zur Annahme verholfen haben, also für eine Reparationsregelung mitverantwortlich sind, die viel viel schlimmere Bestimmungen enthielt als der Youngplan. Und als die Deutschnationalen dann in aller Form der Reichsregierung angehörten, haben sie die Außenpolitik Stresemanns, die sich formell doch auf den Dawesplan stützen mußte, mitgemacht. Wir wollen uns auch daran erinnern, daß, als der Rapp-Butsch in Berlin anfänglich erfolgreich war, die sogenannte Rapp-Regierung den Vertretern Englands und Frankreichs sofort mitteilen ließ, die neue Regierung erkenne den Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich an.

Nun aber veröffentlicht die „Nationalliberalen Korrespondenz“ Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß auch jetzt noch, während des letzten Winters und während der Verhandlungen in Paris, ein führender deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, Herr Klönne, mit maßgebenden französischen Militärs und Diplomaten über ein deutsch-französisches Bündnis mit der Spitze gegen Rußland verhandelt und dabei Zugeständnisse angeboten hat, die wesentlich über die Zugeständnisse Deutschlands im Youngplan hinausgehen.

Die Tatsache dieser Verhandlungen wird von der deutschnationalen Parteileitung bestritten. Aber es wird versucht, sie als nebensächlich hinzustellen und den Eindruck zu erwecken, als ob Herr Klönne eine Persönlichkeit dritten Ranges sei. Nun, Persönlichkeiten dritten Ranges pflegen solche Verhandlungen überhaupt nicht zu riskieren. Und sicherlich wird ja auch Herr Klönne noch im Besitz seiner gefundenen fünf Sinne sein. Man müßte an seinem Verstand zweifeln, wenn er ganz ohne jede Ermächtigung und ganz ohne jede Fühlungnahme mit anderen Leuten solche Verhandlungen eingeleitet hätte. Zu allem Überflus ist aber bekannt, daß Herr Klönne in diesem Frühjahr im Reichstag als Sprecher seiner Fraktion in Dingen der Außenpolitik aufgetreten ist. Es ist also ein vergebliches Bemühen, die Aktion

des Herrn Klonne als eine Nebenächlichkei hingestellten.

Auf die Politik der Deutschnationalen wirkt sie unter allen Umständen ein merkwürdiges Licht. Und sie wird zweifellos dazu beitragen, die Verwirrung im deutsch-nationalen Parteilager noch zu vergrößern. Denn wenn diese Verhandlungen erst allenthalben bekannt werden, dann wird kein deutsch-nationaler Wähler mehr wissen, wohin denn nun eigentlich die Fahrt gehen soll: mit Rußland unter der unsichtbaren Ägide des Cheruskerfürsten Arminius gegen Frankreich oder Hand in Hand mit Frankreich gegen Sowjetrußland?

Das Neueste ist, daß jetzt das Organ des Jungdeutschen Ordens schreibt, daß Vertreter des Stahlhelms und Herr Eugenberg selbst durch Vermittlung von zwei Redakteuren mit dem nationalistischen französischen Deputierten Renaud über die Bedingungen eines Zusammengehens mit Frankreich verhandelt hätten. Die beiden Redakteure erlassen darauf ihrerseits eine Erklärung, in welcher die Besprechungen als solche zugegeben werden, aber bestritten wird, daß sie im Auftrag Eugenbergs oder des Stahlhelms geführt worden seien. Man habe sich übrigens auch nicht einigen können, da Renaud Angebote gemacht habe, die vom nationalistischen Standpunkt aus nicht ausreichend gewesen wären.

Nun, das sind ja alles recht eigentümliche Enthüllungen. Daß die Deutschnationalen und der Stahlhelm hinter den Kulissen der offiziellen Außenpolitik noch ihre eigene Außenpolitik treiben wird man zur Not verstehen können, wenn dabei die Interessen des Vaterlandes nicht offenkundig geschädigt werden. Was aber kein Mensch, und auch kein deutsch-nationaler Wähler, begreifen wird, das ist die Tatsache, daß man offiziell die nationalen Leidenschaften gegen Frankreich anzupumpfen sucht und hintenherum mit führenden Parlamentariern denselben Frankreich über ein Bündnis verhandelt. Oder hat die deutsch-nationale Parteileitung sich womöglich entschlossen, die Politik des Cheruskerfürsten, wie sie uns Kleist in seiner „Hermannschlacht“ schildert, wortwörtlich in die Praxis umzusetzen? Wenn ja, dann müßte man doch sagen, daß die Klumpheit, mit der das geschieht, nicht mehr überboten werden kann. Jedenfalls will es uns doch so scheinen, als ob, wenn wir Arminius und Eugenberg als vaterländische Staatsmänner miteinander vergleichen, Arminius der erheblich schlauere gewesen wäre.

General Guillaumat über die Rheinlandräumung

Der Oberkommandierende der französischen Besatzungstruppen im Rheinland, General Guillaumat, hat einem Sonderberichterstatter des „Journal“ erklärt: Wir haben offiziell mit der Räumung der zweiten Besatzungszone begonnen. In Wirklichkeit aber ist noch nichts getan, als daß wir die Risten vernagelten. Das ist alles. Die regulären Abteilungen werden erst in einiger Zeit, und zwar progressiv abtransportiert werden. Die Interalliierte Rheinlandkommission wird nach Wiesbaden verlegt werden, sobald man sie dort unterbringen kann. Wiesbaden, in der dritten Zone gelegen, ist vorläufig noch von den Engländern besetzt. Unsere Verwaltungsstellen werden gleichfalls in die dritte Zone verlegt werden. Wenn wir auf die Linie Trier—Mainz—Wiesbaden zurückgegangen sind, wird die französische Fahne in Koblenz heruntergeholt werden. Aber man darf nicht damit rechnen, daß dies vor Ende September geschehen sein wird. Im nächsten Jahre wird die Räumung der dritten Zone erfolgen. General Guillaumat knüpft an diese Bemerkung die Worte: „Das Rheinland wird alsdann erweisen, was es an den Besatzungstruppen verliert.“ (1)

Keine Zwischenfälle zu erwarten

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz, Baron Langwerth v. Simmern, hat dem Sonderberichterstatter des „Matin“ in Koblenz auf dessen Frage, ob anlässlich der Räumung der zweiten Zone Zwischenfälle zu befürchten seien, erklärt:

„Ich kann Ihnen die förmliche Versicherung geben, daß es nicht zu Zwischenfällen kommen wird, ich werde dafür Sorge tragen. Allerdings wird die Bevölkerung noch lange Zeit die sogenannte Ruheperiode und die Periode des Separatismus lebhaft im Gedächtnis behalten, denn derartige Dinge vergessen sich nicht von heute auf morgen, aber ich wiederhole Ihnen, es wird in Koblenz nicht zu feindseligen Kundgebungen kommen. Ich will alles verhindern, was der deutsch-französischen Annäherung, die ich im Interesse unserer beiden Völker, im Interesse Europas und der gesamten Menschheit für absolut notwendig halte, Schaden könnte.“

Das Reichskabinett. Ebenso wie der Reichszugler, der vollkommen wiederhergestellt ist, wird im Laufe dieser Woche auch Reichsminister Dr. Stresemann wieder in Berlin eintreffen. Am 26. September wird das Kabinett vollständig in Berlin verammelt sein.

Der Lohnzins im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wird von den Arbeitnehmern gekündigt. Eine von etwa 600 Funktionären aller Tariforganisationen besetzte Konferenz in Halle beschloß dies.

Der Konstrukteur des 42-cm-Mörfers gestorben. Im 78. Lebensjahr starb das frühere Mitglied des Kruppdirektoriums, Major a. D. Dr.-Ing. Max Dreger.

Die Seeabrüstungskonferenz voraussichtlich in London. Der amerikanische Staatssekretär Stimson kündigte an, daß die Fünftägigekonferenz über die Frage der Seeabrüstung aller Wahrscheinlichkeit nach im Januar nächsten Jahres in London stattfinden werde.

Wie der „B.“ aus Kempten im Allgäu gemeldet wird, hat es in den Allgäuer Bergen infolge des harten Witterungsumschlages ziemlich hart geschneit. Die Berge sind bis zu 1500 Meter hoch in Neuschnee gehüllt.

In der Nacht zum Sonntag brannte das Schloß des Grafen Schall-Miäoucur in Walschowitz (Sachsen) vollkommen nieder. Es liegt unzweifelhaft Brandstiftung vor. Das alte Schloß ist eine Wasserburg, die auf eine 600jährige wechselvolle Geschichte zurückblicken konnte. Es war wegen der Wohnnot von mehreren Familien bewohnt.

Das russische Flugzeug „Land der Sowjets“ ist auf der Meuten-Insel Attu zum Weiterflug nach Dutch Harbor (Alaska) aufgestiegen.

Kein Fortschritt in der Abrüstung

Cecil zieht seine Vorschläge zurück

Am dritten Tag der Genfer Abrüstungsdebatte, am Samstag, hat unter dem Einfluß des Vorstehenden der Abrüstungskommission, Dr. Benesch, der griechische, in Paris lebende Jurist Politis, einen Kompromißvorschlag unterbreitet, der nichts anderes bedeutet, als die Versenkung der Gezilischen Aufträge. Er empfiehlt erst das Ergebnis der Verhandlungen über die Seeabrüstung abzuwarten, um dann auf dem Wege wechselseitiger Zugeständnisse zwischen den interessierten Mächten Fortschritte auf dem Gebiete der Land- und Seeabrüstung zu erreichen. Er hält eine Verständigung zwischen der Minderheit, die sich für den britischen Vorschlag ausgesprochen hat, und der Mehrheit, die gegen England aufgetreten ist, für unmöglich. Daher empfiehlt er eine der bekanntesten Transaktionen, die das Meteo tragen: „Für den Augenblick kann man nichts anderes tun als abwarten“.

Lord Robert Cecil zog seinen Antrag zu Gunsten des griechischen Gegenantrages zurück. Er vertrat jedoch den Standpunkt, daß die Beratungen des Vorbereitungsausschusses über die in seinem Antrage erwähnten vier Punkte und vor allem über die Beschränkung des Kriegsmaterials noch nicht als abgeschlossen gelten können. Auch gab er der Meinung Ausdruck, daß die Füre für die Wiederbehandlung seiner Anträge offen geblieben sei. Die wichtigsten Punkte seines Antrages seien also vor dem Vorbereitungsausschuß noch in der Schwebe.

Graf Venetozis beantragte zu der Resolution Politis einen Zusatz, in dem der Wunsch der Kommission zum Ausdruck gebracht wird, dem Streben der Mächte nach einer ersten Verständigung der im Völkerbundspalt gegebenen Versprechungen Rechnung zu tragen.

Französisch-italienische Front auf der Marineabrüstungskonferenz

WTB. Paris, 23. Sept. (Tel.) Wie der Genfer Korrespondent der „Chicago Tribune“ berichtet, sind zwischen der französischen und der italienischen Botschaftsdelegation im Auftrage der beiden Regierungen Verhandlungen über eine gemeinsame Front der beiden Mittelmeermächte auf der bevorstehenden Flottenabrüstungskonferenz im Gange.

Die beiden Regierungen stellen sich auf den Standpunkt, daß sie nicht beabsichtigen, den vollen ihnen gelassenen Spielraum zum Bau kostspieliger Großkampfschiffe auszunutzen, daß sie aber eine genügende Anzahl von U-Booten zu Verteidigungszwecken und zur Abwehr einer Blockade beibehalten wollen. Rom und Paris weisen darauf hin, daß die von England im Mittelmeer (Gibraltar, Malta und Suez) unterhaltenen Geschwader größer und stärker sind als die französischen und die italienische Marine zusammen. Andererseits will die französische Regierung den Bau des neuen deutschen Panzerkreuzers, von dem viele Flottenfachverständige eine Umlagerung des künftigen Schiffsbaues erwarten, zum Anlaß nehmen, um eine Revision der auf der Washingtoner Konferenz festgesetzten Klassifizierung der Kriegsschiffe zu fordern. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen der beiden Mittelmeermächte soll auch der alte, oft abgelehnte Vorschlag einer Rückgabe Gibraltars an Spanien im Austausch gegen Ceuta wieder erwähnt worden sein.

Die Sparer-Panik in Frankfurt

In Frankfurt a. M. war, wie gemeldet, das falsche Gerücht verbreitet worden, die alte Frankfurter Sparkasse von 1822 der Polytechnischen Gesellschaft befände sich in Schwierigkeiten, weil sie an den Verlusten der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. beteiligt sei. Viele Tausende Sparer forderten ihre Guthaben zurück. Zeitweise war der Verkehr in der Straße, in der die Hauptkasse der Sparkasse liegt, stillgelegt. Die Direktion hat eine Bekanntmachung erlassen, nach der die Sparkasse an keinerlei Verlusten der Allgemeinen Versicherungs-AG. beteiligt sei. Von der Menge aber wurde der Ruf laut: „Nachdem die Frankfurter Allgemeine vertrufft ist, ist alles möglich. Wir bringen unser Geld in Sicherheit.“

Auch an einer anderen Sparkasse spielte sich ein gleiches Schauspiel ab. Bei der Nassauischen Landesbank erhoben in zahlreiche Sparer ihre Depots. Auch hier stark unterzeichnete Erklärungen der Direktion und Unglauben des Publikums. Das gefährlichste Passivum des Zusammenbruchs der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. ist somit der Verlust des gesunden Vertrauens. Die Kassen zahlten alles aus. Nur ein Teil der Sparer ließ sich durch die Erklärung, daß die Reichsbank auf Grund von Lombardmaterial alle von der Sparkasse gebrauchten Mittel zur Verfügung stelle, beruhigen und ging nach Hause.

Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ sind am Freitag bei der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft) 1,10 Millionen, am Samstag 2,40 Millionen Reichsmark abgehoben worden, zusammen also etwa 3½ Millionen Reichsmark. Demgegenüber hätte das Institut auf Grund seiner bedeutenden Liquiditätsreserven 10 Mill. Reichsmark in bar bereitgestellt, so daß nach verlängerter Schalterbetrieb am Samstag ihm etwa 6½ Millionen dar in den Kassen verblieben, abgesehen von der sonstigen Kapitaldeckung durch erste Hypotheken usw. Auch bei der Nassauischen Landesbank bestanden ausreichende Liquiditätsreserven.

Die Stadt Weichen in Schwierigkeiten

Die sächsische Stadt Weichen ist in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten. Hauptächlich infolge einer gänzlich unrentablen Wirtschaft beim Elektrizitätswerk und bei der Straßenbahn, für die die Verantwortung auf die linkssozialistischen gebunden wird, ist die Stadt gegenwärtig außerstande, ihren finanziellen Verpflichtungen ohne weiteres nachzukommen.

Wie die Zeitung „Volkswacht“ meldet, handelt es sich um einen Betrag von 4 Mill. Reichsmark, der sofort fällig ist. An der letzten Stadtratssitzung erklärte der Kreisbauplanmann Busch, die Regierung habe kein Geld, um Weichen zu helfen. Er forderte, daß das verschuldete und schlecht bewirtschaftete Elektrizitätswerk entweder dem Elektrizitätsverband Gröbda verpachtet oder in eine Aktiengesellschaft eingebracht werden solle, die von Gröbda kontrolliert werde. Die Privatwirtschaft soll sich unter der Bedingung zur Hilfe bereit erklärt haben, daß die Strompreise und wahrscheinlich auch die Gaspreise erheblich erhöht werden. Ein Teil des Personals soll außerdem abgebaut werden. Der „Sächsische Kurier“, das Organ der sächsischen Wirtschaftspartei, behauptete, der Zinsendienst der Stadt solle etwa 12 Millionen ausmachen, während das gesamte Einkommen an der Einkommensteuer nur ungefähr 800 000 M betrage.

Oberrürgermeister Dr. Busch in Weichen teilt mit, daß die finanzielle Lage der Stadt zwar schwierig sei, daß aber zu irgendwelcher Benutzrührung kein Grund vorliege.

In Erweiterung auf die Zeitungsartikel haben Rat und Stadtverordnetenversammlung einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der die Zeitungsartikel als tendenziös aufgegriffen und stark übertrieben bezeichnet werden. Der Vorwurf der Mißwirtschaft wird entschieden zurückgewiesen. Die finanzielle Lage Weichens ist zwar gleich der anderen Städte schwierig, gebe aber zu irgendwelcher Benutzrührung keinerlei Veranlassung. Der Rat der Stadt will gegen die Zeitungen hagen.

Seesigbampfer „Söckst“ in Gefahr?

WTB. Colombo, 23. Sept. (Tel.) Ein Funkpruch vom Bord des Seesigbampfers „Söckst“, der bei der Insel Minicoi im Indischen Ozean auf Grund geraten ist, besagt, daß einige Schotten im Bug des Dampfers voll Wasser gelaufen sind. Auch die unteren Laderäume sind überflutet, und die Mannschaft ist nicht imstande, das eindringende Wasser abzubauen. Die Schiffselektion hatte schon vorher durch Funkpruch mitgeteilt, daß ein Teil der Ladung, hauptsächlich Gummi und Tee, über Bord geworfen wird, um das Schiff, wenn möglich, flott zu machen. Der Schlepper „Hercules“, der am Samstag zur Hilfeleistung von Colombo abgegangen ist, dürfte die „Söckst“ heute früh 10 Uhr erreichen.

Badischer Teil

Der Reichsrat auf der Durchreise in Karlsruhe

Mit dem fahrplanmäßigen FD-Zug 8.11 am heutigen Montag morgen von Mannheim kommend, trafen auf dem Karlsruher Hauptbahnhof die Mitglieder des Reichsrates, die sich bekanntlich auf einer Inspektionsreise durch Baden befinden, ein. Seitens der badischen Regierung beteiligten sich an der Informationsreise Präsident Dr. Fuchs, die Ministerialräte Dr. Scheffelmaner, Fress, Seeger sowie Reg.-Rat Albert von der Presseabteilung der badischen Regierung, die den Zug in Karlsruhe bestiegen.

WTB. Offenburg, 23. Sept. (Tel.) Der Reichsrat trat heute auf einer Informationsreise durch das badische Grenzland hier ein. Die Herren bestiegen in Offenburg den aus zwei Wagen, darunter auch dem Konferenzwagen der badischen Staatsregierung, bestehenden Sonderzug und fuhren um 9.50 Uhr nach Konstanz weiter.

Beisetzung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bernauer

Der in Karlsruhe verstorbene Oberlandesgerichtspräsident Dr. Bernauer wurde Samstag nachmittag auf dem Alten Friedhof in Mannheim beerdigt. Besondere Feierlichkeiten hatte sich der Verstorbenen kurz vor seinem Tode vorbehalten. Nach einer kurzen Anrede in der Kapelle wurde der einfache, schmucklose Sarg zu Grabe getragen.

Im Trauergefolge befanden sich der badische Staatspräsident Dr. Schmitt, Justizminister Dr. Trunt, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Oberbürgermeister Dr. Winter, Senatspräsidenten, Landesgerichtspräsidenten und zahlreiche andere Beamte, Beamte aus dem Wirkungskreis Dr. Bernauers, u. a. auch der Generalstaatsanwalt. Von ihnen und vom Parlament wurden zahlreiche Kranzspenden niedergelegt. Die badische Zentrumsfraktion, der der Verstorbene angehört hatte, war durch mehrere Abgeordnete vertreten. Erschienen waren noch die Vorstände des badischen und Mannheimer Anwaltsvereins. Für den Richterverein legte Landgerichtsdirektor Köstinger einen Kranz nieder. Die kirchliche Beisetzung vollzog Prälat Bauer. Dann fielen die Schollen auf den Sarg.

Die Schulhygienische Tagung in Mannheim

Im Verlauf der zweiten Hauptversammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege überbrachte zunächst Stadtoberschuldirektor Lehner (Mannheim) den Dank des früheren Mannheimer Stadtschulrats, Geh.-Rat Dr. Siediger, des Schöpfers des Mannheimer Schulhygieneplans an den Mannheimer Stadtschulrat Dr. Stephan anlässlich dessen 25jährigen Berufs Jubiläums. Der Redner behandelte dann „Die allgemeine Bedeutung des Mannheimer Schulhygieneplans für die Organisation des Volksschulwesens“. Er bezeichnete als wichtigste Maßnahme im Sinne der Schulgesundheitspflege die im Jahre 1901 ins Werk gesetzte Mannheimer Schulgliederung nach der natürlichen Leistungsfähigkeit der Kinder. Der Redner konnte mit der Feststellung schließen, daß der groß angelegte und sorgfältig durchgeführte Mannheimer Schulorganisationsversuch wohl gelungen sei.

Als Abschluß des zweiten Verhandlungstages gab der Leiter der Mannheimer Schulärztstelle, Medizinalrat Dr. Stephan einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der vor 25 Jahren geschaffenen Stelle, die beispielgebend für die gesamte Entwicklung des Volksschulwesens in Deutschland überhaupt geworden ist. Der Redner dankte seinen Mitarbeitern und auch der Stadt Mannheim für ihre Verdienste an dem Werk.

Der Hauptversammlung schlossen sich am Sonntagvormittag zwei Sondertagungen an.

In der Versammlung der badischen Schul- und Fürsorgeärzte begründete Prof. Dr. Lutz, Karlsruhe, die Forderung nach der Überwachung des Kindergartens durch den Arzt. Die Kindergarten seien bisher vorzugsweise eine Domäne der Pädagogik gewesen, ohne besondere Rücksichtnahme auf die körperliche Entwicklung des Kleintandes. Man müsse aber auf die regelmäßige gesundheitliche Betreuung des Einzelkindes im Kindergarten um so mehr Wert legen, weil hier die einzige Gelegenheit sei, auch das Kleintand während einer Reihe von Jahren fortlaufend zu beaufsichtigen, und so dem Schularzt später Unterlagen zu geben. Auch eine ärztliche Überwachung des Pflegepersonals sei wegen etwaiger Ansteckungsgefahr notwendig.

Über die „Sozialhygienische Bedeutung des Schulkindergartens“ sprach dann Stadtschuloberarzt Dr. Stephan, Mannheim. Der Schulkindergarten soll nicht schulreife, aber schulpflichtige Kinder aufnehmen, um sie körperlich und geistig so zu entwickeln, daß sie nach einem Jahr den Schulanforderungen gewachsen sind. In Mannheim wurden im vergangenen Jahre 7 Proz. der Schulanfänger zurückgestellt, eine normale Zahl, dagegen nimmt die Zahl der schwierigen Kinder unter den Schulanfängern stetig zu. Die gezielten Bestimmungen über diese Zurückstellungen bedürfen der Verbesserung. Die mit den fünf Schulkindergärten in Mannheim bisher gemachten Erfahrungen seien sehr gut, und es sei zu wünschen, daß das Mannheimer Beispiel auch von anderen badischen Städten nachgeahmt und der Besuch des Schulkindergartens obligatorisch würde.

Gleichzeitig fand eine Versammlung der Volksschullehrer statt, in der über die Erfahrungen auf dem Gebiet der Errichtung von Waldschulen und über den Zusammenschluß der Wald- und Freiluftschulen innerhalb des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege gesprochen wurde. Der Leiter der ersten Waldschule in Charlottenburg berichtete über seine in 25jähriger Arbeit an den schwächlichen Kindern gewonnenen günstigen Erfahrungen. Ein Waldschullehrer aus Chemnitz stellte die Unterchiede und Schwierigkeiten der schulschulischen Betreuung bei den kranken Kindern dar, für die ein ordnungsmäßiger Unterricht während der Heilfähigkeit gefordert werden müßte. Schließlich wurde noch über die Ergebnisse der Waldschule bei gesunden Kindern aus einer Waldschule bei Hannover berichtet. Als Ziel wurde von allen Rednern die Errichtung von Waldschulen für sämtliche Volksschullehrer gestellt. Die Tagung hatte das Ergebnis, daß sich die Waldschullehrer an den Verein für Schulgesundheitspflege in Form einer Arbeitsgemeinschaft anschließen.



Eröffnung von Kontokorrentkonten

mit und ohne Kreditgewährung

Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe

Zentralhandelsregister für Baden.

Köln. 3.561 Eintrag zum Handelsregister Abt. A Nr. 21 die Kommanditgesellschaft in Firma „Patentmatratzenfabrik Holzbearbeitungswerkstätte Harter & Co.“ mit dem Sitz in Menden. Persönlich haftende Gesellschafter sind Kaufmann Gustav Harter in Menden und Frau Sophie Harter geb. Berger in Menden. Die Gesellschaft hat am 8. August 1929 begonnen. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch zwei persönlich haftende Gesellschafter oder einen derselben mit einem Prokuristen. Drei Kommanditisten sind bei der Gesellschaft beteiligt. **Köln, 12. Sept. 1929. Bad. Amtsgericht.**

Baden-Baden. 3.553 Handelsregister eintrag Abt. A Nr. II O.-Z. 503 — Firma Wertheimer & Wendel in Baden-Baden. Der Sitz der Firma ist nach Karlsruhe verlegt. (9. 9. 1929.) **Köln, 9. Sept. 1929. Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.**

Baden-Baden. 3.531 Handelsregister eintrag Abt. B Nr. I O.-Z. 18 — Firma Biergärtner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden. Der Eintrag vom 24. April 1929 über Beschränkung der Gesamtprokura des Josef Sebastian auf die Hauptniederlassung in Baden-Baden wird von Amts wegen gelöscht. (6. 9. 1929.) **Köln, 6. Sept. 1929. Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.**

Bogberg, Baden. 3.549 Im Handelsregister A O.-Z. 144, Apotheke Krautheim Heinrich Ogger, wurde eingetragen: „Die Firma ist erloschen“, und unter A 148: „Albert E. Adam Apotheke Krautheim (Jagst) in Krautheim; Inhaber: Albert E. Adam, Apotheker in Krautheim.“ **Köln, 9. 9. 29. Amtsgericht.**

Eberbach, Baden. 3.529 Handelsregister eintrag A Nr. II O.-Z. 87, betr. die Firma „F. S. Kerle Inh. Eduard Georg Seib“ in Eberbach; Inhaber ist Johann Adam Seib, Schriftf. Kerle, Ehefrau, Anna Maria geb. Kerle, in Bad Münster a. Si. **Eberbach, 6. Sept. 1929. Bad. Amtsgericht.**

Eberbach, Baden. 3.530 Handelsregister eintrag A Nr. I O.-Z. 17, Löschung der Firma „Hermann Seibert“, Eberbach. **Eberbach, 31. Aug. 1929. Bad. Amtsgericht.**

Eberbach, Baden. 3.528 Handelsregister eintrag B O.-Z. 12, betr. die Firma „Karl Schmeller & Gustav Hanspach II, Holzhandlung, G. m. b. H.“ in Eberbach; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator: Heinrich Krumst, Rechtsbeistand in Eberbach. **Eberbach, 3. Sept. 1929. Amtsgericht.**

Freiburg, Bad. 3.550 Handelsregister Freiburg i. Br. A Nr. VII O.-Z. 180 bei Firma Eugen Weis, Kraftfahrzeuge, Freiburg; Die Prokura des Ernst Krumeich ist erloschen. Am 2. September 1929. A Nr. X O.-Z. 33: Firma Martin Frey in Freiburg ist erloschen. Am 2. September 1929.

A Nr. I O.-Z. 181 bei Firma Metz Vater & Söhne in Freiburg; Die bisherigen Gesamtprokuristen Herbert Müller und Alfred Müller haben jetzt Einzelprokura. Am 6. September 1929. A Nr. VI O.-Z. 318: Die unter der Firma „Himmelsbach & Co.“ in Freiburg bestehende offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst, die Firma erloschen. Am 9. September 1929. A Nr. V O.-Z. 241: Firma Naaf Sommer, Freiburg, ist erloschen. Am 9. September 1929. A Nr. IV O.-Z. 60: Firma Karl O. Henn, Freiburg, ist erloschen. Am 10. September 1929. A Nr. VII O.-Z. 61: Firma J. Goldschlags Buch- und Kunsthandlung Erich Germer in Freiburg ist als Einzelfirma erloschen. Am 10. September 1929. A Nr. IX O.-Z. 260 bei Firma Franz Wilhelm, Holz- und Baumaterialien in Freiburg; Inhaber ist jetzt Otto Wilhelm, Gipser, in Freiburg. Am 10. September 1929. B Nr. VI O.-Z. 54: „Arminia“, Gesellschaft für Kreditbank mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Köln, hat in Freiburg eine Zweigniederlassung errichtet. Der Gesellschaftsvertrag ist vom 21. Juni 1928. Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung aller Interessen von Gläubigern, insbesondere Vertretungen bei Konkursen und Zahlungseinstellungen, Einziehung von Forderungen, Erreichung von Kreditartikeln, Stammmittel, Kapital ist 20 000 Reichsmark. Geschäftsführer ist Michael Weber, Kaufmann in Köln. Desse Ehefrau Jeanne, geb. Sonnenberger, daselbst hat Prokura. Am 2. Sept. 1929. B Nr. V O.-Z. 111 bei Firma Gottschalk Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Freiburg; Durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. August 1929 ist die Gesellschaft aufgelöst worden. Ingenieur Ferdinand Fischer und Kaufmann Arthur Baumann, beide in Freiburg, sind Liquidatoren; sie zeichnen die Firma gemeinschaftlich. Am 2. September 1929. B Nr. IV O.-Z. 2, Carl Metz & Söhne, Aktien-Gesellschaft in Freiburg; Die Prokura des Ernst Wailersbacher ist erloschen. Am 5. September 1929.

Heidelberg. 3.552 Handelsregister Abt. A Nr. III O.-Z. 359 zur Firma Emulsionswert Redargemünd Bruno Köster in Redargemünd; Der Zusatz „Emulsionswert Redargemünd“ wurde von Amts wegen gelöscht. Abt. A Nr. VI O.-Z. 69: Die Firma Alfred Schildmann in Heidelberg ist erloschen. Abt. B Nr. III O.-Z. 10 zur Firma Gegenwärtigenverlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg; Kaufmann Heinrich Pfaff in Heidelberg ist zum Geschäftsführer bestellt. Die Vertretungsbefugnis des Richard Rudolph ist beendet. O.-Z. 57, Firma Parker Aktiengesellschaft in Dörfelheim; Friedrich Matern und C. Josef Lamy sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Kaufmann Alexander Raphael Jocola in London ist zum stellvertretenden Mitgliede des Vorstands bestellt. **Heidelberg, 10. Sept. 1929. Amtsgericht.**

Heidelberg. 3.584 Handelsregister Abt. A Nr. VI O.-Z. 91 zur Firma Margot Mendelschmidt vorm. Manopol-Konfektion Helene Kann in Heidelberg; Dem Martin Wöhrsch, Kaufmann in Heidelberg, ist Prokura erteilt. 4. September 1929. Band I O.-Z. 239 zur Firma Hermann Tsch in Heidelberg; Die Prokura des Kaufmanns Josef Max Wolf in Heidelberg ist erloschen. 5. Sept. 1929. Abt. B Nr. IV O.-Z. 60 zur Firma Heidelberg-Rundfahrt- und Autobus-Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg; Durch Gesellschaftsbeschluss vom 28. August 1929 wurde der Gesellschaftsvertrag abgeändert. Die Gesellschaft wird durch den oder, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch jeden der Geschäftsführer einzeln vertreten. Die Vertretungsbefugnis von Michael Engler, Friedrich Böfchel und Richard Rudolph ist beendet. Friedrich Wagner, Kaufmann in Heidelberg, ist zum Geschäftsführer bestellt. **Heidelberg, 6. Sept. 1929. Amtsgericht.**

Heidelberg. 3.562 Handelsregister Abt. A Nr. IV O.-Z. 57: Die Firma Raphael Marschall in Heidelberg ist erloschen. Abt. B Nr. II O.-Z. 14 zur Firma Siedlungs-Gesellschaft Badische Pfalz Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg; Durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. August 1929 ist der Gesellschaftsvertrag abgeändert. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung von Kleinwohnungsbauten. Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich darauf gerichtet, Mindeerbemittelten gesunde und zweckmäßig eingerichtete Kleinwohnungen im Sinne der Reichssteuererleichterung in eigens erbauten Häusern zu verschaffen. Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und hinderreiche Familien sollen bei der Wohnungsbauvergebung vorzugsweise berücksichtigt werden. Eine spekulative Verwertung der Häuser wird dadurch verhindert, daß diese von der Gesellschaft nur vermietet oder unter Vereinbarung eines Grundbuchlich zu sichernden Wiederverkaufsbrechts oder als Reichsheimstätte käuflich abgegeben werden. Eine Vergünstigung einzelner, insbesondere auch außerhalb der Gesellschaft stehender Personen, Körperschaften oder Vermögensmassen durch unvernünftigen oder unbilligen Vergütungen, Entschädigungen oder Gehältern, durch Zuzugewilligung besonderer Preise bei Vergabung von Bauarbeiten und dergleichen oder durch Verwaltungsaufgaben, die nicht durch den Zweck der Gesellschaft bedingt sind, darf nicht erfolgen. Zur dauernden Wahrung ihres gemeinschaftlichen Charakters unterwirft sich die Gesellschaft allen auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Bestimmungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit in Betracht kommenden Behörden, insbesondere der Steuerbehörden. Die Gesellschaft, vorzugsweise die Gemeinden, sind verpflichtet, die Siedlungsgesellschaft in ihren Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Insbesondere verpflichten sie sich, ohne Genehmigung der Gesellschaftsversammlung nichts zu unternehmen, was dem Gesellschaftszweck widerspricht. **Heidelberg, 12. Sept. 1929. Amtsgericht.**

Karlsruhe. 3.548 Handelsregister eintrag. 1. B. Rieger & Co., Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Karl Gaebe ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Gesamtprokuristen: Otto Werdmeier, Hermann Greiler, Kaufleute in Karlsruhe. Sie vertreten gemeinsam. 9. 9. 29. 2. Feilmittelverjüngung deutscher Krankenkassen AG., Zweigniederlassung Karlsruhe, Hauptniederlassung Berlin. Die Prokura des Hermann Grubert ist erloschen. 3. Rheinische Blechwarenwerke Aktiengesellschaft, Filiale Karlsruhe in Karlsruhe, Hauptniederlassung Weisenthurm am Rhein. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 24. Mai 1929 ist der Gesellschaftsvertrag geändert und neu gefasst worden. Zur Vertretung der Gesellschaft genügt auch die Erklärung von zwei Prokuristen. Weiteres Vorstandsmitglied: Direktor C. S. Schäfer, Weisenthurm; dessen Prokura ist erloschen. 14. 9. 29. 4. Richard Vogel, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Richard Vogel, Ehefrau Berta geb. Hüffe, Karlsruhe. Prokurist: Richard Vogel, Kaufmann, Karlsruhe. 10. 9. 29. **Karlsruhe, 10. 9. 29. Amtsgericht Karlsruhe.**

Kehl. 3.554 Handelsregister: 1. Firma Artur Ebert in Kehl; Die Firma ist erloschen. 2. Firma Robert Deusch, Kehl; Der Sitz der Firma ist nach Freiburg i. Br. verlegt. 3. Firma Karl Wendling in Kehl; Die Firma ist erloschen. 4. Firma André Maurizot, Filiale Kehl, mit dem Hauptstift in Pflie sur la Sorgue. Inhaber André Maurizot, Kaufmann in Pflie sur la Sorgue (Rauclauf), Großhandel mit Früchten u. Gemüsen. Kehl, 11. Sept. 1929. **Bad. Amtsgericht.**

Lebach. 3.560 Handelsregister eintrag vom 13. September 1929: „Max Heidenreich“, Höllein; Das Geschäft ist auf den Kaufmann Wilhelm Schöpflin und dessen Ehefrau Mina geborene Sittlerin in Haagen übergegangen. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft, deren persönliche Gesellschafter die beiden Genannten sind, hat am 1. Juli 1929 begonnen. Das Geschäft wird unter unveränderter Firma weitergeführt; der Sitz der Gesellschaft ist nach Haagen verlegt. Der Erwerb der in dem Betrieb des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist auf die in Gesellschaftsvertrag unter § 2 einzeln aufgeführten Aktien und Passiven beschränkt. Der Gesellschaftsvertrag befindet sich bei den Registertakten. Dem Kaufmann Max Heidenreich in Haagen ist Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß er zur Vertretung der Gesellschaft gemeinsam mit einem der persönlich haftenden Gesellschafter berechtigt ist. **Bad. Amtsgericht Lebach.**

Mannheim. 3.536 Handelsregister eintrag: a) vom 6. September 1929: Johann Ph. Bachmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Johann Mayer ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Rudolf Karl Raugheim, Heidelberg, ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Dem Gesellschaftsvertrag sind durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung vom 25. Juli 1929 die §§ 12, 13, 14 und 15 zugefügt. Die Gesellschaftsvertrag ist bis zum 31. Dezember 1934 unförderbar. Von da an ist jeder Gesellschafter zur Einbringung für den Schluss eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist berechtigt. Alfred Biedermann, Aktiengesellschaft, Mannheim; Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 15. Mai 1929 aufgelöst. Das bisherige Vorstandsmitglied Kaufmann Otto Baum ist Liquidator. Die Prokuren von Fritz Dold und Oswald Fiedler sind erloschen. **Alfred Biedermann, Mannheim.** Inhaber ist Alfred Biedermann, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Großhandel in Leder u. Lederartikeln. b) vom 7. September 1929: Babaria Gaststätten-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. August 1918 festgestellt und am 8. September 1921, 27. November 1924 und 20. August 1929 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist die Erwerbung und Bewirtschaftung der Grundstücke Bl. Nr. 942, 943, 944 der Steuergemeinde München, umfassend das Wohnhaus Nr. 1 an der Singlplerstraße und Teile der Wohnhäuser Nr. 26 und 27 an der Sendlinger Straße in München, welches Baugrund die Bezeichnung „Babaria-Haus“ erhalten wird, sowie die Bewirtschaftung von Gaststätten und anderen Unternehmungen in eigenen oder gepachteten Grundstücken. Das Stammkapital beträgt 250 000 M. Fritz von Vaal in Mannheim ist Geschäftsführer. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Sitz der Gesellschaft ist von München nach Mannheim verlegt worden. Geschäftszweig: P. 6. 20. **Anton Rehbach, Mannheim.** Inhaber ist Kaufmann Anton Rehbach Mannheim. „Stille Quelle“ W. Kuntler & Co., Mannheim; Die Firma ist erloschen. **Köln, 12. Sept. 1929. Amtsgericht Mannheim.**

Mannheim. 3.538 Handelsregister eintrag: Zum Handelsregister B wurde unter O.-Z. 36 heute eingetragen: Elektro-Gerätebau Oberweiler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Oberweiler. Gegenstand des Unternehmens ist: Übernahme und Fortbetrieb der bisher von den Herren Fischer und Engler als Gesellschaft unter dem Namen Elektro-Gerätebau Oberweiler betriebenen Geschäfte, die Herstellung von elektrischen Geräten aller Art im ganzen oder in Teilen, von Metallwaren aller Art und damit zusammenhängende Arbeiten sowie Handel und Installation dieser Gegenstände. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsführer sind: Adolf Engler, Kaufmann in Badenweiler, und Karl Fischer, Ingenieur in Oberweiler. Gesellschaftsvertrag vom 19. Juli 1929. **Müllheim i. B., 4. 9. 1929. Badisches Amtsgericht.**

Pforzheim. 3.551 Handelsregister eintrag. 1. Firma Wilhelm Kaufmann in Pforzheim; Das Geschäft ist mit Firma auf Wilhelm Kaufmann, Kaufmann in Pforzheim, übergegangen. 2. Die Firma Stahlwerke Pforzheim-Brüchlingen Verthold Schottmüller in Pforzheim ist erloschen. 3. Firma Arthur Fröhner, Robert Seidel Nachf. in Pforzheim; Das Geschäft ist mit Firma durch Erbgang auf Kaufmann Werner Arthur Karl Fröhner in Pforzheim übergegangen. 4. Firma Beck & Turba in Pforzheim; Kaufmann Fritz Schmitt in Pforzheim ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. 5. Firma Moriz Hausch Aktiengesellschaft in Pforzheim; Direktor Karl Beigel ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Direktor Dr. Manfred Dacherer in Pforzheim ist als Mitglied des Vorstands bestellt worden. Dem Kaufmann Karl Beigel jr. in Pforzheim ist Gesamtprokura erteilt mit der Befugnis, die Firma gemeinsam mit einem weiteren Prokuristen zu vertreten. Die Prokuristen Seuffer, Jos. Herb, Herzog und Beigel sind ferner beauftragt, die Firma jeweils gemeinsam mit einem Handlungsbevollmächtigten zu zeichnen. **Müllheim i. B., 4. 9. 1929. Badisches Amtsgericht.**

Colosseum

Heute abend
8 UHR

Premiere

des Theaters fröhlicher Menschen

„Komm zu mir“

Städtische Ausstellungshalle

Vom 20. September bis einschließlich 20. Oktober

Große Wander-Ausstellung

einheimischer und tropischer lebender Kriechtiere u. Lurche
(Südd. Vivarium)

Leitung: ERNST BENDER

Es werden gezeigt: etwa 70 lebende Tiere, sowie Präparate, Skelette, Schädel, Haut usw.
Täglich geöffnet (auch Sonntags) durchgehend von 10 bis 18 Uhr. 806

Eintritt für Erwachsene 50 Rfg., Kinder 20 Rfg., die Preise werden zur Deckung der hohen Unkosten erhoben.



Badisches Landestheater

Dienstag, 24. September
* E 1. Fg.-Gem. 601-800

Fault (1. Teil)

Taggöbe von Goethe
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ernst Fröndorfer,
Gunter Quader, Rademacher,
Schreiner, Biegler, Hebelein,
Schäfer, Brand, Dahlen,
Gemmde, Graf, Herz, Hiert,
Höder, Juhl, Kienhöfer,
Köbele, Kubne, Mehner,

Müller, Brüder, Schneider,
Schulze, Frohmann, Geher,
Grimm, Luther, Selbert.

Anfang 19 Ende 23
Preise A 0,70-5,00 RM

Mi., 25. XI. Neueinstudiert
Orpheus und Eurypide,
Do., 26. IX. Der Marsch auf
Rom,
Fr., 27. IX. 1001 Nacht
Sa., 28. IX. Faust 2. Teil,
So., 29. IX. Neueinstudiert:
Der Ring des Nibelungen.
Zweiter Tag: Siegfried.
Im Konzerthaus:
Zum erstenmal.
Geld auf der Straße.
No., 30. IX.
1. Sinfoniekonzert